

Griechenland
auch nach der Parlamentswahl
vor einer Zerreißprobe

Herzstück Europas

Rita Anna Tpper

Europa, „Evropi“, der Name jener phönizischen Königstochter, die Zeus in Gestalt eines weißen Stieres vom Strand Sidon nach Kreta entführte, ist ein griechisches Wort. Es bedeutet so viel wie „diejenige mit der weiten Sicht“. Ebenso wie der Name des geografischen und politischen Gebildes Europa der griechischen Mythologie entstammt, wurzeln seine Werte und politischen Ziele von Freiheit, Demokratie, Würde des Individuums, Pluralismus und Selbstbestimmung im Jahrtausende umfassenden historischen und philosophischen Erbe der Griechen. Doch führt dieses Volk auf Europas südöstlichem Außenposten heute ein Schattendasein im allgemeinen europäischen Bewusstsein, ungeachtet seiner achtundzwanzigjhrigen EU-Mitgliedschaft – anders als die ambitionierten Türken, die erst im dreizehnten Jahrhundert in Kleinasien und auf den Balkan vordrangen. Der oftmals beklagte Mangel an emotionaler europäischer Identität findet sein Pendant in der Vergessenheit (und auch Selbstvergessenheit) Griechenlands, dem der Schleier der jahrhundertelangen Fremdbestimmung noch anzuhaften scheint.

Griechenland heute: Weie Kirchen mit blauen und roten Kuppeln strahlen unter der Sonne. Das Morgengebet bestimmt selbstverständlich den Beginn des Schulalltags. Orthodoxe Priester gehören zum Bild der Dörfer und Städte, neben Computer- und Dessouslden, chinesischer Billigkleidung und Fast Food, das mit den traditionellen Tavernen konkurriert. Dem ausgeprägten griechischen In-

dividualismus und Freiheitsdrang widerspricht es nicht, dass die Religion hier noch Teil der Lebenswelt ist – im Gegenteil. Die Debatte um das Kreuz in Schulen wäre in Griechenland vollkommen undenkbar: Selbst Ikonen gehören hier an jeden Ort – Amtsstuben, Omnibusse und Kneipen eingeschlossen.

Das Christentum habe die Antike nicht zerstört, meint der Altertumsforscher Christian Meier, es sei vielmehr die „innerantike Antwort“ auf unbeantwortete Fragen in der griechisch-römischen Gesellschaft gewesen; die christliche Religion habe dabei einen großen Teil der griechischen Philosophie in sich aufgenommen – eine Annahme, die die vielfältige Ausprägung und tolerante Art griechischer Frömmigkeit noch heute plausibel macht. Die religiösen Symbole des Christentums können daher in dieser Gesellschaft ebenso wenig in den privaten Raum verbannt werden wie die omniprsenteden Darstellungen athletischer Helden und antiker Götter.

In jedem Landkreis gibt es zahlreiche Ausgrabungsstätten, in denen nach wie vor kostbare Funde der antiken Epoche geborgen werden, die das geistige und historische Fundament für Freiheit und Demokratie erst legte. Unzhliche Baugenehmigungen scheitern auch heute noch am unterirdischen Reichtum des klassischen, frühchristlichen oder byzantinischen Erbes. In Griechenland scheint die Zeit langsamer zu fließen, vielleicht weil sie im Flussbett der Gegenwart die Gleichzeitigkeit von dreitausend Jahren

dichter Geschichte mit sich führt. Weniger offenbar sind dagegen die fast fünfhundertjährige osmanische Fremdherrschaft, die erst zwischen 1821 und 1922 abgeschüttelt werden konnte, und die folgenden wechselhaften Jahrzehnte: Diktatur unter Metaxa in den 1930er-Jahren, Besetzung erst durch die Italiener, dann durch die Deutschen im Zweiten Weltkrieg, unmittelbar folgend ein als Partisanenkrieg geführter Bürgerkrieg bis 1949, mühsame Ordnungs- und Demokratisierungsversuche in den 1950er- und 1960er-Jahren, Obristenputsch und Junta-Diktatur (1967 bis 1974), Annexion Nordzyperns durch die Türkei und Neugründung der griechischen Demokratie 1974, schließlich Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft 1981.

Richtfest ohne Haus?

Dieser Beitritt war ein erlösender Schritt, ein Neubeginn, der einen bis zum letzten Jahr andauernden wirtschaftlichen Aufschwung bewirkte und so – durch die massive Hilfe Europas – aus dem Armenhaus des Kontinentes einen auf den ersten Blick modernen Staat mit einer sich schnell aufraffenden Gesellschaft machte. Heute stellt sich die Frage, ob jener Boom in eine solide volkswirtschaftliche Substanz umgemünzt wurde. Hat sich Griechenland in den letzten Jahrzehnten auf Kosten Europas selbst gefeiert, ohne sich jemals wirklich aufgebaut zu haben? Wie viele Hilfen zu Infrastrukturprojekten versickerten, ist nicht bekannt.

Hierzulande machte Griechenland seither, wenn überhaupt, durch Waldbrände, den Namensstreit um Mazedonien und sein schwieriges – aber vielfach unverständenes – Verhältnis zur Türkei im Zusammenhang mit der Beitrittsfrage Schlagzeilen. Auch die anwachsenden Unruhen seit dem letzten Dezember, als nach dem Tode eines demonstrierenden Schülers Athen eine Woche lang von randalierenden Gruppen verwüstet wurde, haben da-

ran nichts Wesentliches geändert. Seither häufen sich die terroristischen und anarchistischen Angriffe auf Politikerwohnungen, Botschaftsgebäude oder Polizeistationen; noch im Oktober wurden eine junge angehende Polizistin und ihr Kollege bei einem gezielten Beschuss durch zwei mit Kalaschnikows bewaffnete Motorradfahrer auf sechs Polizisten schwer verletzt. Sie gipfelten zuletzt in neuerlichen Straßenschlachten in Athen am 17. November, bei denen zweihundert Personen verhaftet wurden. Die Schlacht folgte einer friedlichen Demonstration von mehr als 15 000 Menschen, die an die blutige Niederschlagung der Studentenrevolution am 17. November 1973 durch die griechische Militärdiktatur erinnern wollten.

Diese Ereignisse sind nur der äußere Ausdruck einer inneren Zerreißprobe, vor der Griechenland gegenwärtig steht und die – wie Michael Martens in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* mehrfach treffend bemerkt hat – Europa nicht mehr gleichgültig sein kann. Die jüngsten politischen Ereignisse und der soeben erfolgte Machtwechsel sind dabei weniger echte Symptome des tatsächlichen Zustands des Landes als vielmehr deren Deckmantel. Weder die alte noch die neue Regierung hat unter den gegenwärtigen Bedingungen eine Chance auf Neubeginn, auch wenn die Rituale der Wahlkampfrhetorik und der politischen Verlautbarungen zum Regierungsantritt dieselben beschwören.

Aufkündigung des Regierungsauftrages

Erst 2007 waren Konstantinos (kurz: Kostas) Karamanlis und seine Partei, die liberal-konservative *Nea Dimokratia*, vom Wähler mit der Regierung für weitere vier Jahre beauftragt worden. Schon im Sommer 2007 – auch damals stand die Führung des Landes unter anderem wegen der dilettantischen Bekämpfung verheerender Waldbrandkatastrophen mit zahl-

reichen Todesopfern massiv in der Kritik – hatte sich Karamanlis ein Jahr vor Ablauf der Legislaturperiode genötigt gesehen, eine erneute Bestätigung der Bevölkerung für seinen Regierungskurs einzuholen. Damals war es ihm gelungen, das Vertrauen erneut zu erwerben, obwohl seine Regierung keineswegs durch besondere Glanzleistungen oder die Einhaltung von Wahlversprechen aufgefallen war. Er erhielt 2007 noch eine wenn auch hauchdünne Mehrheit (151 Sitze von 300). Zu frisch war die Erinnerung an den Filz und die Stagnation, die man der zwei Jahrzehnte fast durchgängig bis 2004 regierenden panhellenischen sozialistischen Bewegung PASOK (Panelliniou Sozialisticou Kinimatos), zuletzt unter Kostas Simitis, zuschrieb.

Anfang September dieses Jahres kündigte der Premier Karamanlis überraschend an, vorgezogene Parlamentswahlen durchzuführen. Er brauche ein „frisches Mandat“, um sein Land sicher durch die globale Krise zu steuern; es seien „tiefe Einschnitte“ und „mutige Maßnahmen“ notwendig, und zwar „unverzüglich“ – so Karamanlis nahezu im Tonfall eines Oppositionsführers. Ihn trieb, so schien es, der Mut der Verzweiflung. Die Rede vom „politischen Selbstmord“ ging um. Nur wenige Wochen nach der Wahl wird offenbar, wie groß, wie scheinbar ausweglos und im europäischen Vergleich einzigartig das Ausmaß der griechischen Krise ist – eine ökonomische Krise, bedingt durch die desaströsen und das Verhältnis zur EU durch Vertuschung stark belastenden Staatsfinanzen sowie durch die inzwischen rezessive Wirtschaft; eine soziale Krise zudem, die tief in die gesamte Struktur der griechischen Gesellschaft hineinreicht: Diese hat sich von den politischen Eliten bis zum einfachen Handwerker in einem weit und fein verzweigten Netz legaler und illegaler Gefälligkeiten als vermeintlicher Alternative zu nachvollziehbarer und planbarer Orga-

nisation verfangen. Angelos Giannakopoulos (Universität Konstanz) beschreibt dieses Phänomen als ein durchgängiges Verhaltensmuster, eine Struktur, die über den üblichen Begriff der Korruption hinausgehe, da sich kein Lebensbereich aus dieser „Kultur der Mitschuldigen“, des Sich-gegenseitig-Deckens, ausnehmen lasse. Er beruft sich dabei auf die Ergebnisse eines EU-Projektes über Korruption in Europa, das an der Universität Konstanz koordiniert wurde. Die hohe Akzeptanz dieses Verhaltensmusters sei, so Giannakopoulos, auch daran ablesbar, dass ehemalige Minister nicht aus ihrer Partei, der *Nea Dimokratia*, ausgeschlossen worden seien, nachdem ihre Veruntreuung von Staatsgeldern für familiäre Zwecke im großen Stil bekannt geworden sei. Nicht einmal der freiwillige Rücktritt vom Ministeramt ist in Griechenland noch Ehrensache. Zahllose Skandale um Vetternwirtschaft, Veruntreuung und Korruption haben die vergangene Regierungsperiode durchzogen, in die selbst die griechisch-orthodoxe Kirche einbezogen war. Der Aufruf zu vorgezogenen Neuwahlen erscheint wie ein letztes Aufbäumen in einem verlorenen Kampf um substanzielle Erneuerung und Verschlankung des Staates: Beim Amtsantritt von Karamanlis belief sich die ohnehin unverhältnismäßig hohe Zahl der Staatsbediensteten auf 600 000, nach seiner Amtszeit waren es rund 700 000. Karamanlis war offenbar mehr ein Gefangener im Netz des Klientelismus als ein Handelnder. Nach Ankündigung der Neuwahlen wurden in kürzester Zeit noch 70 000 Stellen für Familienangehörige und Freunde von Amtsinhabern geschaffen, so berichtete die *Süddeutsche Zeitung*. Die Politik führt nicht nur, sie spiegelt auch die Gesellschaft, die sie trägt.

Die Parlamentswahl

Die neuerliche, offenbar unter hohem Druck getroffene Entscheidung zu vorge-

zogenen Parlamentswahlen wurde vom Staatspräsidenten Karolos Papoulias bewilligt und führte zu einem der kürzesten und sachlichsten Wahlkämpfe der griechischen Geschichte. Schon eine Woche nach der deutschen Bundestagswahl wurde am 4. Oktober das griechische Parlament neu gewählt. Ausgerechnet am 35. Jahrestag der Gründung der *Nea Dimokratia* (der „Neuen Demokratie“), die unmittelbar auf das Ende der Junta-Diktatur und als Reaktion auf diese erfolgt war, erlitt die Partei eine, gleichwohl vorherzusehende, historische Niederlage: Sie fiel um über acht Prozent der Wählerstimmen von 41,84 in 2007 auf 33,48 Prozent und liegt damit um mehr als zehn Prozent unter dem Ergebnis der PASOK, die von 38,10 in 2007 auf 43,92 Prozent der Wählerstimmen gestiegen ist. Die in Griechenland traditionell starke kommunistische Partei KKE (Kommunistiko Komma Elladas) erreichte immerhin 7,54 Prozent und verlor weniger als einen Prozentpunkt. Die völkische orthodoxe Sammlungsbewegung LAOS (Laikos Orthodoxos Synagermos), die sich für nationalistische Ziele einsetzt, hoffte, von der Schwäche der *Nea Dimokratia* zu profitieren, gewann aber weniger als zwei Prozentpunkte hinzu. Mit ihren 5,63 Prozent der Wählerstimmen belegt sie als viertstärkste Partei immerhin fünfzehn Sitze im Parlament (nur sechs weniger als die KKE) und hat so ihr erstes Wahlziel erreicht. Der Zusammenschluss der fundamentalen linken SYRIZA (Synaspismos Risospastikis Aristeras), die pro-europäisch und ökologisch ausgerichtet ist, erlangte 4,6 Prozent und verlor nur einen ihrer 2007 errungenen vierzehn Sitze.

Neuanfang unter Papandreou?

Alle Beobachter sind sich darin einig, dass das Hauptproblem der griechischen Politik „ihr eigener Mangel an politischer Glaubwürdigkeit“ sowie ein weitverbrei-

teter Populismus sei – so Stamatis Assimenios, Redakteur der Griechenlandredaktion der Deutschen Welle. Georgios Papandreou ist wie Konstantinos Karamanlis der Sprössling einer Familiendynastie, die nun in dritter Generation die Geschicke des griechischen Staates lenkt. Für den 1952 als Sohn einer amerikanischen Mutter in Minnesota geborenen Soziologen sprechen seine Erfolge als Außenminister: 1999 leitete er mit der beherzten Hilfe Griechenlands bei der türkischen Erdbebenkatastrophe eine von seinem damaligen Amtskollegen Ismail Cem mitgetragene Annäherung der Völker ein, die er nun in seiner Doppelfunktion als Premier- und Außenminister fortzusetzen gedenkt; dies demonstrierten seine erste Auslandsreise nach Istanbul und das dortige Treffen mit seinem Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan am 10. Oktober 2009. Von einer inzwischen von Griechenland unter den üblichen Bedingungen der EU (Anerkennung Zyperns) befürworteten Mitgliedschaft der Türkei versprechen sich die Hellenen – so Angelos Giannakopoulos (2005) – eine bessere Kontrolle und eine größere Berechenbarkeit der Türkei, die in der Vergangenheit durch Grenzüberschreitungen in der Ägäis immer wieder provoziert hat.

Dagegen hat sich Papandreous neue Regierung in Luxemburg weniger glänzend eingeführt: Schon vor Beginn der Beratungen der Gruppe der Euro-Finanzminister wurde der griechische Finanzminister Giorgos Papakonstantinou von einem verärgerten Joaquín Almunia (EU-Wirtschaftskommissar) zu einem bilateralen Gespräch gebeten. Trotz aller Ermahnungen aus Brüssel ist Griechenland nicht auf einen Sparkurs umgeschwenkt, sondern hat stattdessen seine Haushaltsstatistiken gefälscht. Inzwischen wird von einem zwölf- bis dreizehnprozentigen Haushaltsdefizit am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ausgegangen – die aus

Griechenland zu hörenden Zahlen waren von Woche zu Woche gestiegen. Damit ist die Drei-Prozent-Marke um ein Vielfaches überschritten. Die EU-Kommission verlangt nun, dass Griechenland das Staatsdefizit binnen eines Jahres wieder unter die geforderte Marke drückt, da anderenfalls eine dramatische Schuldenkrise mit über einhundertdreißig Prozent am BIP in 2020 (und folglich achthundert Prozent in 2060) zu erwarten sei. Almunia ist der Meinung, dass diese Entwicklung in Griechenland anders als in Irland oder Spanien nur wenig mit der Finanzkrise zu tun habe. Es ist zu erwarten, dass der Rat der EU-Wirtschafts- und Finanzminister bei seiner Zusammenkunft Anfang Dezember weitere schmerzhaft Schritte im Defizitverfahren beschließt.

„Das Spiel ist aus“

Auch der Vorsitzende der Euro-Gruppe, Luxemburgs Premierminister Jean-Claude Juncker, sagte nach dem Treffen in Luxemburg an die Adresse Griechenlands: „Das Spiel ist aus! Wir brauchen vernünftige Statistiken“. Anders als andere von der Finanzkrise schwer getroffene Staaten begnügen sich die Griechen damit, die Verantwortung für die hohe Staatsverschuldung der jeweiligen Vorgängerregierung in die Schuhe zu schieben. Dabei erhält kein anderes Land ähnlich hohe Zuwendungen aus der europäischen Gemeinschaftskasse: In 2008 waren es 6,2 Milliarden Euro für 11,2 Millionen Einwohner; an zweiter Stelle folgt Polen mit 4,3 Milliarden Euro – allerdings für 38 Millionen Einwohner; die Portugiesen mit einer Griechenland ähnlichen Einwohnerzahl erhielten 2,6 Milliarden Euro. So drängt sich die Frage auf: Was rechtfertigt eine solche jahrzehntelange unverhältnismäßige Alimentierung gegenüber allen anderen EU-Staaten?

Ungeachtet dieser Umstände verspricht Papandreou ein Konjunkturpaket und Steuererleichterungen; der Kampf

gegen Steuerhinterziehung und die Besteuerung von Kirchenvermögen sowie Einsparungen bei der Polizei sollen Einnahmen bringen. Privatisierungen der Vorgängerregierung wie jene der Olympic Airways oder der zu Teilen an die Deutsche Telekom verkauften Telefongesellschaft OTE will er rückgängig machen. Die Aufspaltung des bisherigen Superministeriums für Wirtschaft und Finanzen ist zwar sinnvoll, die Berufung der Wirtschaftsministerin Louka Katseli jedoch mehr als zweifelhaft: Ihre ordnungspolitischen Vorstellungen erinnern Gerd Höhler (Korrespondent des Westdeutschen Rundfunk) an die 1980er-Jahre, als ihr Ehemann Gerassimos Arsenis als Wirtschafts- und Finanzminister unter Andreas Papandreou mit Verstaatlichungen und einer hemmungslosen Schuldenpolitik die Weichen für die heutige Finanzmisere stellte.

Auch diese Personalie zeigt wiederum die Unfähigkeit der politischen Klasse, das Gemeinwohl und die politische Vernunft aus dem Sumpf der Netze, persönlichen „Verpflichtungen“ und Gefälligkeiten herauszuheben. Weder die unter Botsuana und Kasachstan auf Platz 71 gefallene Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands noch eine Jugendarbeitslosigkeit von über dreißig Prozent konnten Griechenlands Politiker zu drastischen Maßnahmen bewegen. Ihre Führer selbst sind im Schutz ihrer eng mit der Wirtschaft verflochtenen Dynastien groß geworden. Ein Handeln, das aus der Krise herausführen könnte, gibt es nicht in ihrem Verhaltensrepertoire. „Gemeinwohl? So etwas kennen wir hier nicht“, sagt der Schriftsteller Dionysis Charitopoulos. „Auch die Bürger kümmert nur mehr ihr privates Überleben“ (*Süddeutsche Zeitung*, 2. Oktober 2009). Das Volk spielt die Rolle des Komplizen. Es beschimpft und hasst den Staat und erwartet zugleich von ihm alle Segnungen. Dabei ist paradoxerweise der Prozentsatz von

Staatsbediensteten (etwa jeder Vierte gehört dazu!) so hoch wie in keinem anderen Land Europas.

Vernetzter Egoismus

Vielleicht ist die Zeit, in der ein rein auf die Sippe konzentriertes Suchen nach eigenem Vorteil lebensnotwendig war, in Griechenland noch nicht so lange vergangen wie andernorts. Es scheint, als habe sich dieses Verhalten hier unter den Bedingungen der jahrhundertelangen Fremdherrschaft und der nachfolgenden instabilen Jahrzehnte so tief eingegraben, dass es nur durch Hilfe von außen aufgelöst werden kann. Ausgerechnet das Volk, das den Gedanken, den Begriff der Volksherrschaft und erste demokratische Verfassungsformen hervorgebracht hat, wurde von den Prozessen politischer Selbstbestimmung offenbar tief entfremdet.

Fest steht, dass auch in Griechenland ein rapider Werteverlust im Hinblick auf familiäre Tugenden eingesetzt hat, der die Verbindlichkeiten der Sippe wie ein inhaltloses Gerippe zurückzulassen scheint und damit allenfalls einen vernetzten Egoismus schafft, der kein Gemeinwesen tragen kann. Die EU kann und sollte im eigenen Interesse und zum Nutzen Griechenlands intervenieren, da die landeseigenen Kontrollorgane „oft selbst Teil des Korruptionsproblems werden“, wie Paris Varvaroussis, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Athen, meint; die nationale Strafverfolgungsbehörde verfüge nicht über die notwendige Handlungsfreiheit. Er fordert klare Antikorruptionsgesetze, entsprechende Steuerregelungen und im Verdachtsfall direkte Untersuchungen. Dabei könne die EU die justizielle Zusammenarbeit mit Griechenland verstärken. Varvaroussis ruft dazu auf, Druck auf die Athener Regierungen auszuüben, damit diese die erforderlichen Maßnahmen treffen und einen Überwachungsmecha-

nismus aufbauen, um Machtmissbrauch zur Erlangung privater Vorteile zu verhindern. Erst eine Transformierung dieser prägenden hyperkorrupten Struktur in ein gemeinwohlorientiertes Handeln, das den Staat und seine Verfassung als positive und verbindliche Ordnungsgröße begreift, kann Griechenland wieder zu einem politischen Subjekt machen, das dann und erst dann seine haushaltspolitischen und wirtschaftlichen Probleme aus zunehmend eigener Kraft bewältigen kann. Es bedarf dazu aber einer stärker intervenierenden Hilfe zur Selbsthilfe. Im Deutschlandfunk sprach der Kommentator am Vorabend der Parlamentswahl von der griechischen Gesellschaft als einer „nicht nur korrupten, sondern vielmehr versklavten Gesellschaft“. Die militärische Befreiung Griechenlands aus der Hand der Türken, von Lord Byron besungen und in den Jahren 1823/24 als Kommandant der freien griechischen Truppen angeführt, ist den Europäern geglückt. Damals begeisterten sich die Köpfe der erwachenden Nationen in Europa noch für die Wiege des Abendlandes, an deren Geistesgeschichte sie selbst die Fackel der Freiheit anzündeten. Immer noch ist Griechenland eine Quelle der Inspiration und der Selbstfindung der Europäer. Das Bewusstsein der historischen und kulturellen Bedingtheit ihrer zentralen Werte ist ein hilfreicher und notwendiger Kompass für den weiteren Kurs der Europäischen Union.

Gerade im Hinblick auf die Verbindung von christlicher Tradition und gesellschaftlicher wie geistiger Pluralität vermag das Ursprungsland Europas Impulse zu geben. Mit einer weniger finanziellen als vielmehr ordnungspolitischen, historischen und geistesgeschichtlichen Hinwendung der Europäischen Union zur Problematik Griechenlands sollte sich Europa „weitblickend“ um sein Herzstück sorgen, dessen Infarkt es empfindlich schwächen würde.